LBW | BLC

Landesverband Baden-Württemberg
der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Baden-Württemberg 2026 des LBW und die Antworten der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP

Landesverband Baden-Württemberg der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e. V. (LBW)

---

1. Prioritäten und Erwartungen

Welche Erwartungen haben Sie an die amtliche Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg in der kommenden Legislaturperiode?

Welche Schwerpunkte setzen Sie im Bereich der Lebensmittelüberwachung und dem gesundheitlichen Verbraucherschutz in Baden-Württemberg?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass der gesundheitliche Verbraucherschutz auch angesichts neuer Herausforderungen – etwa durch den Internethandel und Social-Media-Kanäle, über die zunehmend auch Lebensmittel und verbrauchernahe Produkte beworben und vertrieben werden – auf hohem Niveau gewährleistet bleibt?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wichtig ist uns eine funktionierende Lebens- und Futtermittelüberwachung, die auf die Erfordernisse der Zukunft vorbereitet ist. Wir danken der amtlichen Lebensmittelüberwachung für ihren großen Einsatz für die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir halten Fachkräftemangel, Personalausstattung und zeitgemäße technische Ausstattung für das zentrale Handwerkszeug der Lebensmittelüberwachung. Wir wollen daher die Arbeitsplätze bei der Lebensmittelüberwachung attraktiv halten – regelmäßig Aufstiegsmöglichkeiten und Einstiegsgehälter überprüfen und die Lebensmittelüberwachung mit einem angemessenen Etat für Investitionen in neue Technik und Fortbildungen ausstatten.

CDU:

Die amtliche Lebensmittelüberwachung ist ein zentrales Instrument des Verbraucherschutzes. Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, vor gesundheitlichen Risiken durch Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs sowie vor Täuschung geschützt zu werden. Lebensmittel sollen sicher, einwandfrei und das, was beworben wird, soll korrekt sein. Dies ist zunächst Aufgabe der Betriebe selbst. Die amtliche Überwachung ist die „Kontrolle der Kontrolle“. Damit Lebensmittel tatsächlich sicher sind, ist eine konsequente Überwachung unerlässlich.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der amtlichen Lebensmittelüberwachung in Baden-Württemberg danken wir für ihr großes Engagement zur Gewährleistung eines leistungsfähigen Verbraucherschutzes im Land.

- Oberste Priorität bleibt der gesundheitliche Verbraucherschutz
- Daneben geht es auch um Irreführung, Betrug, Regionalität und Herkunft
- Weiterhin sollen Trendprodukte besonders in den Fokus genommen werden
- Bewerbung und Vertrieb von Produkten via Internet
- Dabei sollen alle Bereiche – Lebensmittel, kosmetische Mittel, Tätowiermittel, Tabakerzeugnisse, Bedarfsgegenstände – berücksichtigt werden

Der gesundheitliche Verbraucherschutz stellt durch den Internethandel und Social-Media- Kanäle eine große Herausforderung dar. Um dieser zu begegnen, ist ein zweigleisiger Ansatz erforderlich:

- Überwachung ausbauen: die vorhandenen Ansätze ausbauen, in die Routineüberwachung integrieren sowie Zentralisierung in bestimmten Bereichen (s. Punkt 7)
- Aufklärung der Verbraucher bzw. Verbraucherbildung

Dort, wo erforderlich, werden wir uns dafür einsetzen den passenden rechtlichen Rahmen zu schaffen, beispielsweise bei der Überwachung.

SPD:

Aus unserer Sicht besteht trotz kurzzeitig erhöhter Haushaltansätze noch immer ein erheblicher Investitionsstau bei der Ausstattung der CVUAs. Wir von der SPD würden daher die Landesmittel im Haushalt für die technische Ausstattung für mehrere Jahre signifikant erhöhen, damit die Labortechnik inklusive der Analysegeräte wieder auf einem modernen Stand ist. Zudem halten wir die Implementierung von Lebensmittelchemiker/innen in die Teams auf Landkreisebene für wichtig.

Der bundesweite, wie auch EU-weite Informationsaustausch muss verbessert werden, damit Produkte, die in Spanien als problematisch und nicht marktkonform auffallen, auch in Finnland aus dem Handel entfernt werden können. Zudem müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der durch den Online-Handel unterstützten Globalisierung durch eine gute Information und Beratung kritischer gemacht werden, da ihre Hinweise die Überwachungsbehörden unterstützen. Bei groben Verstößen durch Handel mit giftigen/ problematisch belasteten Lebensmitteln oder gefährlichen Gegenständen (von Werkzeug bis Spielzeug) setzt sich die SPD dafür ein, dass künftig auch verstärkt Handels- und Importverbote für ganze Handelskonzerne und Hersteller ausgesprochen werden, um auf der Seite mehr Sensibilität für die europäischen Normen zu erreichen.

FDP:

Wir Freie Demokraten betrachten die amtliche Lebensmittelüberwachung als Vollzug des gesundheitlichen Verbraucherschutzes als unverzichtbaren Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Dabei sind staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerinnen und -chemiker unverzichtbar. Wir wollen, dass sie den stetig zunehmenden Herausforderungen, vor allem durch neue Technologien und Produkte wirksam begegnen können. Dazu werden wir die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen bereitstellen.
Wir Freie Demokraten wollen die amtliche Lebensmittelüberwachung als eine wesentliche Kernaufgabe des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg stärken. Aktuell sehen wir aber erhebliche Personaldefizite, vor allem bei den Lebensmittelchemikerinnen und -chemikern und unseren Amtstierärzten. Hier werden wir die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen. Um die aufgestauten Personaldefizite abzubauen, werden wir Freie Demokraten uns wie bereits in der Vergangenheit für weitere Stellenzuwächse einsetzen. Zudem plädieren wir für bundesweite Standards für die Lebensmittelkontrolle und wollen für einen verbesserten Austausch zwischen den Ländern sorgen. Die Entwicklungen auf den sich stetig ändernden Märkten für Lebensmittel, Lebensmittelkontaktmaterialien, Bedarfsgegenstände, kosmetische Mittel, Tätowiermittel und Tabakerzeugnisse verlangen auch dringend nach strukturellen Anpassungen, die wir auch im Rahmen einer Verwaltungsreform überprüfen und angehen werden.
Ein unabhängiger, staatlicher vorausschauender, gesundheitlicher Verbraucherschutz ist für uns Freie Demokraten nicht nur ein zentrales Element der staatlichen Fürsorgepflicht, sondern auch eine Herzensangelegenheit. Dies kann aus unserer Sicht nur mit starken Untersuchungsämtern funktionieren. Wir werden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen und überprüfen inwiefern auch strukturelle Veränderungen notwendig sind. Wir Freie Demokraten möchten, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher sich in Baden-Württemberg wie bisher auf die wertvolle Arbeit der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs) verlassen können.

2. Bedeutung der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs)

Wie bewerten Sie die Bedeutung der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs) und der dort tätigen Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aus gutem Grund ist die Lebensmittelüberwachung das zentrale staatliche, unabhängige Instrument des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Sichere Lebensmittel, Kosmetika und andere Konsumprodukte haben unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung – die Arbeit der Lebensmittelchemiker*innen ist von zentraler Bedeutung.

Die Arbeit verändert sich allerdings stark mit den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen und dem gesellschaftlichen Wandel. Ganz besonders sind social media, digitale Verkaufsplattformen, Produktwerbung über Influencer und die Masse der Angebote und Vertriebswege, aber auch neue Schadstoffe, Produkte und Messmethoden als Herausforderungen zu nennen. Egal, wo ich ein Lebensmittel, Kosmetika oder Spielzeug kaufe - Regelungen müssen greifen, damit unsere Verbraucher*innen so sicher wie möglich sind.

CDU:

Die CVUAs sind weiterhin eine sehr wichtige Säule für den Verbraucherschutz, insbesondere für den gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung.

SPD:

Nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Globalisierung und immer mehr Produkten aus aller Welt ist eine funktionierende und deutschlandweit abgestimmte und koordinierte Lebensmittelüberwachung essenziell. Ob gepanschter Honig, Gentechnik, Giftstoffe in Spielzeug oder Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln, die Herausforderungen für die Beprobung und Überwachung steigen ganz offensichtlich. Aus der Sicht der SPD kann dem nur mit ausreichend qualifizierten und technisch gut ausgestatteten Lebensmittelchemikern und Kontrolleuren begegnet werden.

FDP:

Baden-Württemberg ist das einzige Land, dessen staatliche Untersuchungslabore den Status eines Europäischen Referenzlabors (EURL) erhalten haben. Dies soll auch weiterhin so bleiben. Wir Freie Demokraten möchten, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher sich in Baden-Württemberg wie bisher auf die wertvolle Arbeit der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs) verlassen können.

Die CVUAs mit ihren dort tätigen Lebensmittelchemikerinnen und -chemikern sind für den gesundheitlichen Verbraucherschutz und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung unverzichtbar. Die CVUAs und Lebensmittelchemikerinnen und -chemiker im öffentlichen Dienst tragen mit ihren unabhängigen Untersuchungen und sachverständigen Beurteilungen dazu bei, dass die rechtlichen Vorgaben eingehalten und Verbraucherinnen und Verbraucher nicht getäuscht werden. Wir Liberale werden uns deshalb für starke CVUAs einsetzen, denn beim gesundheitlichen Verbraucherschutz und dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung akzeptieren wir keine Abstriche.

3. Personalausstattung und Finanzierung

Die CVUAs stehen vor der Herausforderung, den qualitativ hochwertigen Verbraucherschutz bei stetig neu hinzukommenden Arbeitsfeldern (u.a. Social Media Trends, Internethandel, neue Kontaminanten wie PFAS, Vegane/Vegetarische Lebensmittel, Neuartige Lebensmittel und Tabakprodukte, als nachhaltig beworbene Verpackungen) trotz gleichzeitigem Personalmangel und unzureichender Finanzierung aufrecht zu erhalten. Daher ist für uns nicht erkennbar, wie wir den Status Quo auch zukünftig zuverlässig gewährleisten können.

*Welche konkreten Maßnahmen würden Sie im Falle einer Regierungsverantwortung ergreifen, um eine **bedarfsgerechte und zukunftsfähige Ausstattung** sicherzustellen?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir haben die Finanzierung der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter kontinuierlich verbessert, auch wenn wir noch nicht am Ziel angekommen sind. In der neuen Legislaturperiode wollen wir die sogenannte „Glücks“-Liste, in der Bedarfe festgehalten sind, erneuern. Das bedeutet, wir wollen die Bedarfe eruieren und eine Finanzierungsplanung vorlegen.

CDU:

Das Ziel ist weiterhin eine adäquate Ausstattung, die den bestehenden Herausforderungen Rechnung trägt. Dies bleibt aber eine schwierige Aufgabe – insbesondere vor dem Hintergrund der Probensollzahlen, der zunehmenden Komplexität der Aufgaben wie z. B. Tabakprodukte, Nahrungsergänzungsmittel in Zusammenhang mit Social-Media, die aufwändig sind, eine sehr hohe Beanstandungsquote aufweisen und zu einem hohen Ressourcenbedarf führen. Wir sehen folgende Möglichkeiten, um den Herausforderungen zu begegnen: zum einen die Fortentwicklung der Vorgaben zu Probenzahlen an die aktuellen Gegebenheiten und zum anderen die Förderung des Einsatzes von KI mit dem Ziel eines effizienten Einsatzes bei der Untersuchung und Begutachtung.

SPD:

Um diese Fülle neuer Anforderungen bei zugleich schwieriger Rekrutierung qualifizierten Personals und hohen labortechnischen Investitionen bewältigen zu können, wird eine bundesweite Koordination erforderlich sein. So können in jedem Land andere Bereiche schwerpunktmäßig geprüft werden.

FDP:

Wir Freie Demokraten danken den CVUAs und den Mitarbeitenden, insbesondere den Lebensmittelchemikerinnen und -chemikern, dass sie in den vergangenen Jahren trotz Personalmangel und unzureichender Finanzierung einen einwandfreien qualitativ hochwertigen Verbraucherschutz sichergestellt haben.

Vor dem Hintergrund der stetig gewachsenen Herausforderungen und Anforderungen in den vergangenen Jahren ist dies eine einzigartige Leistung. Für uns Freie Demokraten ist es eine Herzensangelegenheit, dass die CVUAs endlich die notwendige personelle und finanzielle Ausstattung bekommen. Wir haben uns hierfür in der Vergangenheit nach Kräften eingesetzt und werden dies auch in der neuen Legislaturperiode tun. Die aufgestauten Personaldefizite werden wir erhöhen, den Fortbildungsetat aufstocken und die Investitions- und Verbrauchsmittel erhöhen.

4. Lebensmittelchemische Expertise vor Ort

In den unteren Lebensmittelüberwachungsbehörden (Landkreise, kreisfreie Städte) fehlt der lebensmittelchemische Sachverstand vollständig. In anderen Ländern arbeiten seit Jahren Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker in multidisziplinären Teams mit Tierärztinnen und Tierärzten, Lebensmittelkontrol-leurinnen und Lebensmittelkontrolleuren sowie Verwaltungskräften zusammen. Die komplexe Aufgabe der Lebensmittelüberwachung wird dadurch erfolgreich gemeinsam gestemmt.

Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker in den unteren Verwaltungsbehörden zu etablieren und damit die fachliche Kompetenz im Bereich der digitalen und klassischen Produktüberwachung zu stärken?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das Arbeiten in multidisziplinären Teams vor Ort ist sinnvoll, wie Modellversuche in Baden-Württemberg gezeigt haben. In der kommenden Legislaturperiode muss ein Konzept erarbeitet werden, wie dieses Anliegen sukzessive umgesetzt werden kann. Dabei beziehen wir die Konzepte der anderen Bundesländer mit ein. Die Ergebnisse lassen wir in unser Handeln in der nächsten Legislatur einfließen.

CDU:

Bisher gab es in Baden-Württemberg noch keine interdisziplinären Stellenausschreibungen o. ä. bei den unteren Verwaltungsbehörden. Im Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz fand ein Runder Tisch „Lebensmittelchemiker in der unteren Verwaltungsbehörde“ statt. Daran nahmen Vertreterinnen und Vertreter des Landkreistags, des Städtetags, des Landesverbands der im öffentlichen Dienst beschäftigten Tierärzte, des Landesverbands der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst BW und des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz teil. Der „Runde Tisch“ soll Anfang 2026 fortgesetzt werden.

Aus fachlicher Sicht wird die Schaffung von Stellen für lebensmittelchemische Sachverständige an den unteren Verwaltungsbehörden unterstützt. Dies betrifft insbesondere untere Verwaltungsbehörden mit einem hohen Anteil an vielen und bzw. oder großen Lebensmittelbetrieben, Kosmetik- und Bedarfsgegenständebetrieben sowie Nahrungsergänzungsmittelbetrieben.
Auch vor dem Hintergrund des evidenten Fachkräftemangels im Veterinärbereich wäre eine Aufgabenverteilung innerhalb der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörde auf andere Qualifikationen zu überdenken. Ziel muss sein ganzheitlich zu denken und zu agieren, um auf der einen Seite den Anforderungen gerecht zu werden und anderseits das gesamte Aufgabenspektrum auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bedarfsgerecht zu bedienen.

SPD:

Wir von der SPD halten es schon seit Jahren für geboten, das auch auf Landkreis-Ebene Lebensmittelchemiker/innen als Teil der Teams der Veterinärbehörde und Lebensmittelkontrolle vorhanden sein sollten. Wir werden daher auch in der kommenden Legislaturperiode darauf hinwirken, dass dies umgesetzt wird.

FDP:

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass das derzeitige System der amtlichen Lebensmittelüberwachung nicht mehr zukunftsfähig ist. Im Rahmen einer Verwaltungsreform wollen wir deshalb auch beim gesundheitlichen Verbraucherschutz und der amtlichen Lebensmittelüberwachung neue Strukturen schaffen und dabei sicherstellen, dass die komplexen Aufgaben der Lebensmittelüberwachung gestemmt und die fachliche Kompetenz im Bereich der digitalen und klassischen Produktüberwachung gestärkt werden. Dazu zählt insbesondere, die Potenziale der Digitalisierung auszuschöpfen, Bürokratie abzubauen und die Kontrollen auf den unterschiedlichen Ebenen besser zu verzahnen. Die Lebensmittelüberwachung hat einen hoheitlichen Auftrag und muss diese Aufgabe auch künftig vollumfänglich erledigen können.

5. Nachwuchsgewinnung und Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Die Nachwuchsgewinnung bei Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittel-chemikern sowie beim technischen Personal in den Laboren gestaltet sich zunehmend schwierig.

Niedrige Vergütung im Praktischen Jahr (2. Staatsexamen an den CVUAs), befristete Verträge, geringere Gehälter im Vergleich zur Privatwirtschaft und begrenzte Beförderungsmöglichkeiten wirken abschreckend.

Welche Maßnahmen sehen Sie konkret vor, um den öffentlichen Dienst – insbesondere in der amtlichen Lebensmittelüberwachung – attraktiver zu machen (z. B. Erhöhung der Vergütungen im Praktischen Jahr, flexible Führungsmodelle, Poolstellen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gezielte Nachwuchsförderung)?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir setzen uns für eine höhere Einstiegsvergütung und eine Überprüfung der Besoldungsstruktur ein. Die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes liegt uns am Herzen. Wir fördern flexible Arbeitszeitmodelle und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch für die kommunalen Beschäftigten.

Wir bauen die Hochschulen für öffentliche Verwaltung aus und machen den öffentlichen Dienst für Menschen mit vielfältigen Hintergründen attraktiv. Wir gestalten Arbeitsbedingungen beispielsweise flexibler, schaffen Entwicklungsperspektiven und ermöglichen neue Wege in den Beruf – auch über Quereinstiege. So sorgen wir dafür, dass zentrale Aufgaben des Staates wie die Lebensmittelüberwachung auch in Zukunft verlässlich erfüllt werden und dass Verwaltungshandeln durch ganz unterschiedliche Perspektiven bereichert wird.

CDU:

Erhöhung der Vergütung im Praktischen Jahr

Das berufspraktische Jahr für Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker ist eine berufliche Weiterbildung mit dem Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer so zu qualifizieren, dass sie die Aufgaben des höheren lebensmittelchemischen Dienstes nach ihren allgemeinen und fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten selbständig wahrnehmen können und in allen Bereichen der amtlichen Lebensmittelüberwachung einsetzbar sind. Die Bezahlung während des berufspraktischen Jahres erfolgt nach den Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ist die Vergütung äußerst niedrig.

Auf Initiative Baden-Württembergs hob die Tarifgemeinschaft deutscher Länder erstmals seit 2010 die Vergütung wieder an. Zum 1. Dezember 2022 wurde die Vergütung im ersten Halbjahr von 790 € auf 950 € (20 %) und im zweiten Halbjahr von 1050 € auf 1260 € (19 %) erhöht. Für eine Anpassung an die Teuerungsrate darf die Praktikantenvergütung nicht erst in zehn Jahren wieder erhöht werden, vielmehr muss die Erhöhung verstetigt werden. Daher wurde Baden-Württemberg bereits erneut aktiv und setzte sich in der Sitzung der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz im November für eine kontinuierliche Anpassung der Vergütung an die Teuerungsrate ein. Allerdings wurde der entsprechende Tagesordnungspunkt vertagt, mit dem Ziel, einen Beschluss durch weitere Klärung innerhalb der Länder und ggf. Umlaufbeschluss zu erreichen.

Der Bedarf an Nachwuchskräften ist aufgrund der Altersstruktur auch in den nächsten Jahren hoch. Daher ist es notwendig, auch bei sinkenden Zahlen an Studienabgängern und der großen Konkurrenz zu einem direkten Einstieg in den Lebensmittelchemie-Beruf möglichst viele der vorhandenen Plätze zu besetzen, um ausreichend qualifiziertes Personal für den Einstieg in den öffentlichen Dienst zu gewinnen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Flexible Führungsmodelle – Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Diese Thematik betrifft die gesamte Landesverwaltung und ist nicht auf die Untersuchungsämter bzw. Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker beschränkt. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit der Teilbarkeit von Stellen.

SPD:

Der öffentliche Dienst muss insgesamt wieder attraktiver werden. Gerade in den unteren und mittleren Besoldungs- und Entgeltstufen spiegeln die Tabellenwerte des Tarifs nicht die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre wider. Hinzu kommen erhöhte Bedarfe aufgrund von größeren Verrentungswellen älterer Mitarbeiter/innen. Selbstverständlich setzt sich die SPD ein, dass auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker berücksichtigt werden, als das in der Vergangenheit üblich war.

FDP:

Wir Freie Demokraten wollen den öffentlichen Dienst auch in der amtlichen Lebensmittelüberwachung attraktiver machen. Ein erfolgreiches und zukunftsfähiges Baden-Württemberg braucht eine öffentliche Hand, die funktioniert und schnell, mutig und pragmatisch Entscheidungen trifft. Durch die Pensionierungswelle verlieren wir in den nächsten zehn Jahren etwa jede fünfte Person im öffentlichen Dienst. Das sind erfahrene und gut qualifizierte Fachkräfte, die künftig fehlen. Diese Tatsache sehen wir als Chance für einen Strukturwandel in der Verwaltung. Wir müssen althergebrachte Strukturen überdenken und konsequent die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Mit einer Verwaltungsreform wollen wir die Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Verwaltung und damit auch der amtlichen Lebensmittelüberwachung sicherstellen, Personal entlasten und verwaltungsinterne Prozesse beschleunigen. Wir machen bis zum Jahr 2036 jede fünfte Stelle in der Verwaltung durch digitale Prozesse und intelligente Automatisierung entbehrlich. Die Reduzierung der Stellenanzahl ergibt sich über die natürliche Fluktuation und reguläre Pensionierungen. Wir werden niemanden vorzeitig entlassen. Wir setzen mit einem 80-80-Ziel den Standard: Mit nur 80 Prozent des Personals in 80 Prozent der Zeit die gleichen Aufgaben zu erledigen und verhindern dadurch einen Verwaltungskollaps**.** Dies gelingt uns durch digitale Prozesse und intelligente Automatisierung.

6. Führungsfunktionen und Besoldungsstruktur in den CVUAs

Die Stellen der Amtsleitung und deren Vertretung wurden in den CVUAs seit über 25 Jahren nicht neu bewertet, obwohl Personal- und Budgetverantwortung enorm gestiegen sind. Dies schränkt auch die Entwicklungsmöglichkeiten in den CVUAs für motivierte Kolleginnen und Kollegen stark ein.

Würden Sie eine Neubewertung der Führungsfunktionen unterstützen und eine Anpassung der Besoldungsstruktur an die gestiegenen Anforderungen vornehmen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sichere Lebensmittel brauchen motiviertes Personal. Wir unterstützen die Neubewertung der Führungsfunktionen und eine mögliche Anpassung der Besoldungsstruktur an gestiegene Anforderungen. Die Herausforderungen werden immer größer und wir brauchen das beste Personal, um der Bevölkerung die nötige Qualität in der Lebensmittelüberwachung bieten zu können.

CDU:

Die Forderung nach einer Stellenneubewertung der Amtsleitungen und Stellvertretungen ist nachvollziehbar und wird in der nächsten Legislaturperiode zu prüfen sein.

SPD:

Da die Aufgaben wie auch der Personalumfang gestiegen sind, werden wir die Einstufungen der Leitungskräfte in den CVUAs prüfen und neu bewerten.

FDP:

Wir Freie Demokraten würden dies unterstützen. Wir werden die CVUAs finanziell angemessen sowie langfristig und planbar ausstatten.

7. Kontrolle der digitalen Vertriebswege

Die Digitalisierung bietet Chancen, aber auch neue Risiken für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Zunehmend werden falsch deklarierte oder gefälschte Produkte, insbesondere Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika, über Online-Shops oder Social-Media-Kanäle global vertrieben und massiv zum Teil rechtswidrig beworben.

Wie wollen Sie die Kontrolle der digitalen Vertriebswege stärken?

Wie stellen Sie sicher, dass die CVUAs und die Kontrollbehörden personell und technisch in der Lage sind, die Kontrollen dieser neuen Vertriebswege umzusetzen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Überwachung der online-Märkte stellt die Lebensmittelüberwachung vor große Herausforderungen, denen sie nur gerecht wird mit ausreichend gut ausgebildetem Personal und modernster technischer Ausstattung.

Die Kooperation zwischen den Bundesländern und Siegel für geprüfte online-Shops helfen den Überwachungsbehörden. Nichtsdestotrotz müssen die Kräfte aber weiter gebündelt werden. Auch eine engere Verzahnung zwischen Verbraucherzentralen und staatlichen Kontrollstellen ist wichtig.

Eine risikoorientierte Kontrolle muss auf ausreichend gut ausgebildetes Personal und neueste Technik treffen. Weil der Markt weiter rasant wächst, muss hier ein personeller und technischer Schwerpunkt in diesem Bereich gesetzt werden.

CDU:

Die Stabsstelle Tiergesundheit, Tierschutz und Verbraucherschutz (STV) in Tübingen hat viele, wertvolle Erfahrungen gesammelt und übernimmt heute schon eine aktive Rolle in der Internetüberwachung. Weiterhin wurden auch die unteren Lebensmittelüberwachungen in die Lage versetzt, in eigener Zuständigkeit ggf. in Zusammenarbeit mit der STV Probenahmen durchzuführen.

Auch das Forschungsprojekt Social Media am CVUA Stuttgart hat sehr wertvolle Erkenntnisse und Aspekte in der Überwachung und Bewertung von Social-Media Beiträgen aufgezeigt. Diese Erfahrungen gilt es nun weiter in die Praxis zu überführen.

Ein Ansatz wäre:

- Überwachung des Internethandels und den Bereich Social Media beim Landeskontrollteam Lebensmittelsicherheit Baden-Württemberg in Teilen mit eigener Zuständigkeit zentralisieren.

- Parallel zu Warenuntersuchungen muss auch die Bewerbung im Internet/Social Media in den Untersuchungsämtern erfolgen, siehe Ausführung unter Punkt 3 zur Fortentwicklung der Vorgaben zu Probenzahlen und dem Einsatz von KI.

SPD:

Ungeachtet der Tatsache, dass ein freier Weltmarkt grundsätzlich positiv zu bewerten ist und der Online-Handel viele Vorteile bietet, durch die er den Geschäftsgebundenen Einkauf ergänzen kann, müssen Einschränkungen vorgenommen werden, wenn das zu Problemen beim Verbraucherschutz führt. Wir begrüßen daher die Restriktionen, die die EU-Kommission für TEMU und ähnliche chinesische Online-Handelskonzerne plant und durchführt.

Darüber hinaus hilft nur ein kritischeres Verbraucherverhalten, das Verdachtsmomente und Probleme meldet, um zusätzlich zu den wenigen möglichen Stichproben der Ämter Kontrollen und Importverbote zu ermöglichen. Die SPD fordert, dass vermehrt den ganzen Plattformen oder Firmen die Handelserlaubnis im Land (oder der EU) entzogen werden.

Zudem ist ein Austausch über illegale Handelspraktiken und täuschende Werbung sowie Produkte, die technisch gefährlich oder giftig sind, noch besser als bisher auf EU-Ebene notwendig.

FDP:

Um einen effektiven und transparenten Verbraucherschutz sicherzustellen, werden wir auch bei der Kontrolle digitaler Vertriebswege für ausreichende Ressourcen bei den zuständigen Behörden sorgen. Eine effiziente, rechtssichere Möglichkeit zur anonymen Onlineprobenahme muss dauerhaft sichergestellt werden. Im Falle von Täuschungen muss die Möglichkeit zur Rechtsdurchsetzung gegeben sein.

Ausreichend qualifiziertes Personal und modernste Technik sind unabdingbar. Wir werden dies sicherstellen. Das Personal in der amtlichen Lebensmittelüberwachung muss auf einem hohen Aus- und Weiterbildungsstand qualifiziert sein, um den ständig steigenden Anforderungen gerecht zu werden.

8. Politische Priorität

*Sind Sie bereit, den gesundheitlichen Verbraucherschutz und insbesondere auch die weitere Stärkung der **Lebensmitteluntersuchung** als zentralen Bestandteil möglicher Koalitionsverhandlungen und Regierungsprogramme in Baden-Württemberg zu verankern?*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir halten es für sehr sinnvoll, die Themen gesundheitlicher Verbraucherschutz und die Stärkung der Lebensmitteluntersuchung in Koalitionsverhandlungen und im Koalitionsvertrag zu behandeln. Die Lebensmittelüberwachung muss in Gänze neu aufgestellt werden, damit wir den sich immer schneller verändernden Anforderungen gerade auf Social Media, im Influencer- und Kennzeichnungsbereich wirksam etwas entgegensetzen können.

CDU:

Der gesundheitliche Verbraucherschutz und insbesondere auch die weitere Stärkung der Lebensmitteluntersuchung sind uns wichtige Anliegen, die wir in mögliche Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg einbringen möchten.

SPD:

Wenn die SPD an einer Regierung beteiligt sein sollte, werden wir eine Stärkung der Lebensmitteluntersuchungen und der CVUAs als Forderung in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

FDP:

Ja, wir sind dazu bereit. Wir Freie Demokraten betrachten die amtliche Lebensmittelüberwachung als Vollzug des gesundheitlichen Verbraucherschutzes als unverzichtbaren Teil der staatlichen Daseinsvorsorge und das muss auch in der Zukunft so bleiben. Voraussetzung für einen effektiven und transparenten Verbraucherschutz durch sind in jedem Fall ausreichende Ressourcen bei den zuständigen Behörden und Laboren der amtlichen Lebensmittelüberwachung.